

Liberales Kommunalwahlprogramm für den Kreis Steinburg 2008 - 2013



www.fdp-steinburg.de

Liberaler Politik ist gut für Steinburg

Wir Liberalen haben eine Vision für die Zukunft in Steinburg:

Die FDP will die Lebensqualität der Bürger und die Zukunftsfähigkeit unserer Heimatregion verbessern. Die Globalisierung der Wirtschaft, die demografische Entwicklung und der Klimawandel stellen auch die Kommunalpolitik vor große Herausforderungen. Die FDP stellt sich diesen Aufgaben und will bei den kommunalen Entscheidungen vor Ort aktiv mitgestalten, damit Steinburg in der Zukunft gewinnt.

Wir Liberalen wollen, dass sich mehr Menschen für den Kreis Steinburg als Arbeits- und Wohnregion entscheiden und mehr Unternehmen hier investieren. Dafür wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit des Kreises Steinburg in der Metropolregion Hamburg verbessern. Unser Ziel ist die Sicherung bestehender wettbewerbsfähiger und Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze im Kreis Steinburg. Unsere Heimat soll beim wirtschaftlichen Wachstum aufholen. Die Bewahrung unserer Natur- und Kulturlandschaft sowie der Klimaschutz stehen dazu nicht im Gegensatz. Vielmehr setzen wir auf einen vernünftigen Ausgleich.

Wir Liberalen wollen das Fundament unseres Gemeinwesens – die Familien mit Kindern – stärken. Eltern brauchen Freiheit und zugleich Sicherheit, Kinder und Jugendliche zudem mehr Chancen. Die Kommunalpolitik muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen. Eltern werden nur mit guten Betreuungsangeboten und verlässlichen Arbeitsbedingungen, Kinder und Jugendliche nur mit guter Ausbildung ihren unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft leisten können. Hierin sehen wir einen Schwerpunkt unserer Politik.

Deshalb fordern wir Liberalen eine mutige Investitionspolitik für Familien mit Kindern, für Jugendliche und deren Ausbildung und für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um die Grundlagen unserer Gesellschaft zu stärken. Von diesen ausgehend kann und wird der Bürger seine Freiheit nutzen, um sein Glück selbst zu finden. Wir vertrauen dem Bürger. Er kann auch auf uns vertrauen.

Die FDP ist bereit, die Herausforderungen der Globalisierung, des demografischen und klimatischen Wandels anzunehmen und lokal aktiv mit zu gestalten. Wir Liberalen bitten Sie am 25. Mai um Ihre Stimme, damit wir Ihren Auftrag für eine Zukunftssicherung des Kreises Steinburg erfüllen können.

Arbeit und Wirtschaft

„Soziales kann nur von einer erfolgreichen Wirtschaft getragen werden“

Der Kreis Steinburg gehört zur Metropolregion Hamburg. Die Hansestadt und ihr Umland sind mit ihrer Handels- und Dienstleistungswirtschaft sowie dem Verarbeitenden Gewerbe unverzichtbar für das Leben in unserer Heimat. Tausende von Pendlern arbeiten im wirtschaftlichen Zentrum der Metropolregion und leben in Steinburg. Die heimischen Lebensgrundlagen bilden das Industriegebiet Brunsbüttel, das mittelständische Verarbeitende Gewerbe überall im Kreis sowie die Landwirtschaft, das Handwerk und die Dienstleistungswirtschaft im Bereich der Gesundheit, des Tourismus und der Technologie. Neue Arbeitsplätze entstehen durch Investitionen. Die Ansiedlungen von ISiT und IZET, die auf Initiative der FDP zustande kamen, waren eine Zukunftsinvestition. Durch sie wurden zukunftssträchtige und hoch qualifizierte Arbeitsplätze in der Region geschaffen. Für den heimischen Mittelstand haben wir Liberale Gründungs- und Wachstumsinvestitionen durch den „Gründer- und Unternehmensfonds Steinburg“ erleichtert. Unternehmer erhalten durch den Fonds Beteiligungskapital, um in Steinburg zu investieren.

Die wirkliche Einbindung in die Metropolregion Hamburg und die Rahmenbedingungen für die lokale Wirtschaft müssen aber weiter verbessert werden, damit Steinburg im Wettbewerb der Regionen bestehen kann. Bereits heute verliert Steinburg Bevölkerung, auch durch Abwanderung junger Menschen. Zudem entwickelt sich die Altersstruktur in Wegzugsregionen besonders ungünstig. Das wird langfristig die Finanzierung kommunaler Infrastruktureinrichtungen erschweren und den Immobilienmarkt belasten. Deshalb braucht Steinburg junge Familien, vor allem leistungswillige.

Wir Liberalen wollen ...

... eine gemeinsame Wirtschaftsförderung in der Region Unterelbe, um unseren Standort besser zu vermarkten. Die Verantwortlichen im Wirtschaftsraum Unterelbe müssen miteinander und nicht gegeneinander arbeiten.

... die bessere Bahnanbindung unserer Heimat an Hamburg. Pendler sind wichtig für den Kreis Steinburg. Unser Ziel ist es, heimische Pendler zu halten und Menschen aus dem Inneren der Metropolregion für Steinburg zu gewinnen. Deshalb fordert die FDP die Einbindung der Bahnhöfe Wrist, Glückstadt, Krempe, Kremperheide und Herzhorn und Itzehoe in den Hamburger Verkehrsverbund (HVV) wodurch sich die Wegekosten der Pendler erheblich verringern würden. Die Verbindungen – vor allem zum Hauptbahnhof – sollen zu Zeiten des Berufsverkehrs ausgebaut werden.

... im Interesse eines wirksamen Natur- und Klimaschutzes keines der geplanten Kohlekraftwerke und Verbrennungsanlagen in Brunsbüttel. Die Emissionen könnten die Böden und die Gesundheit der Menschen im Umland belasten. Wir brauchen aber auch eine verlässliche Grundlastenergieversorgung. Deshalb halten wir den Einsatz weiter entwickelter Atomkrafttechnologie an den bestehenden Standorten für sinnvoll.

... das Planungsrecht zur Förderung regenerativer Energieerzeugung nutzen. Windkraft-, Photovoltaik- und Biogasanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur zukunfts-

trächtigen und „sauberen“ Energieproduktion. Damit die Subventionierung des Bereiches langfristig zurückgeführt werden kann, muss die Produktivität der Anlagen steigen. Kommunale Planung kann dabei, z.B. beim Repowering von Windkraftanlagen, helfen.

... die öffentlichen Fördermittel der Europäischen Union, des Bundes und des Landes zusammen mit Geldern des Kreises für eine Verbesserung der Infrastruktur für den Tourismus, die Landwirtschaft und die mittelständische Wirtschaft einsetzen. Die Störfähre bei Beidenfleth konnte dadurch erhalten werden. Wir wollen Investitionen fördern, die die lokale Wirtschaft stärken.

..., dass die Elbfahrrinne vertieft wird, um den Hamburger Hafen wettbewerbsfähig zu halten. Viele Steinburger finden Arbeit in der Logistik- und Hafenwirtschaft der Hansestadt. Hamburg muss aber auch die Verantwortung für Folgewirkungen der Vertiefung gegenüber den Anrainern tragen. Wir setzen uns für eine Wahrung der Interessen aller, die von der Elbvertiefung betroffen sind, besonders der Landwirtschaft und der Gartenbaubetriebe ein.

... die Landwirtschaft im Strukturwandel unterstützen. Unsere Bauern bilden die Grundlage für Beschäftigung in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft muss durch eine höhere Produktivität gesichert werden. Da ein Abbau der Subventionen für die Landwirtschaft langfristig kommen wird, brauchen die Bauern neue Spielräume, ihre Flächen effizienter zu nutzen. Das wollen wir im Planungs-, Bau- und Umweltrecht sowie beim Wirtschaftswegebau unterstützen. Eine behutsame und punktuelle Flurbereinigung muss möglich sein.

... für das ehemalige Alsen-Gelände in Itzehoe eine nachhaltige, zukunftsorientierte, stadtplanerisch sinnvolle und bedarfsgerechte Neubebauung möglichst nach den Plänen des Investors. Für das von Itzehoe erworbene Gelände setzen wir auf die Entwicklung eines kulturell geprägten, touristisch nutzbaren Erholungsraumes und Veranstaltungsgeländes. Dieses schafft Arbeitsplätze und einen attraktiven Freizeitraum mit überregionaler Ausstrahlungskraft und Attraktivität.

..., dass die im Kreis bestehenden Museen verstärkt zusammen arbeiten, nicht zuletzt beim Personal. Wir erachten dies als sinnvoll, um die Kosteneffizienz zu steigern und den Bestand der Einrichtungen besser zu sichern als ohne Kooperation.

Familien, Kinder und Jugend

„Es würden gerne mehr Eltern berufstätig sein“

Die Familie mit Kindern bildet die Grundlage unserer Gesellschaft. Sie zu stärken ist unser vorrangiges Ziel. Unser aller Zukunft hängt von den Kindern ab. Den zunehmenden Belastungen aus dem demografischen Wandel kann nur durch familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen wirksam begegnet werden. Sie müssen zuversichtlich stimmen, um sich für mehr Kinder zu entscheiden. Damit Kinder und Jugendliche zu wertvollen Mitgliedern unserer Gesellschaft werden, halten wir die Werte Leistungsfreude, Gemeinsinn, tolerante Lebenseinstellung und Demokratiebe-

wusstsein für wichtig. Kinder und Jugendliche müssen aber auch lernen, Rücksicht auf andere Menschen zu nehmen sowie Grenzen, Werte und Normen zu beachten.

Wir Liberalen wollen ...

... eine nachfragegerechte und verlässliche Versorgung mit Kindergärten und Kinderkrippen, die ihren Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsauftrag wirksam erfüllen.

... eine wirkliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexiblere Kindergartenöffnungszeiten. Die Eltern müssen sich darauf verlassen können, ihre Kinder auch zu früher oder später Tageszeit gut betreut zu wissen. Deshalb fordern wir, dass Betreuungsangebote flexibel sind, aber mindestens um 7.30 Uhr beginnen. Später beginnende Angebote sollen mindestens bis 18.00 Uhr eine Betreuung gewährleisten.

... nicht an den Betriebskostenzuschüssen für Kindertageseinrichtungen sparen. Die Mittelkürzungen der CDU waren falsch. Um die Betreuung zu verbessern, brauchen die Träger mehr und nicht weniger Mittel.

... die Unterstützung von anderen Betreuungsformen wie der von Tagesmüttern und Spielkreisen als gleichrangige Alternative. Dazu gehört auch die Befreiung privater Initiativen und betrieblicher Kindergärten von Bürokratie und überzogener Reglementierung.

... ein leistungsfähiges Jugendaufbauwerk im Kreis in privater Regie. Jugendliche brauchen Leitlinien und Grenzen, um das spätere Leben zu meistern. Wir sind für ein verstärktes Einschreiten des Jugendamtes bei Vernachlässigung von Kindern durch ihre Eltern und Schulschwänzerei.

... eine verstärkte Präventionsarbeit in Schulen und Kindergärten in den Bereichen Sucht und Gewalt durch den Ausbau der Beratungsstellen fördern. Wir wollen vor- und nicht nachsorgen.

... die Teilhabe von Jugendlichen in sie betreffenden kommunalen Entscheidungsprozessen durch Jugendbeiräte bzw. -parlamente.

... in der Jugendpolitik unseren Schwerpunkt auf die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in den Vereinen legen. Wir meinen, dass das Ehrenamt einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft verdient hat. Nicht hauptamtliche Stellen, sondern ehrenamtlich Tätige sollen durch Zuschüsse vorrangig unterstützt werden. Viele Sportvereine und gesellschaftliche Jugendorganisationen wie die Landjugend oder die Pfadfinder leben dieses Konzept.

Schule und Bildung

„Jedes Land benötigt qualifizierten Nachwuchs“

Eine gute Schul- und Berufsausbildung ist das wichtigste Rüstzeug, um in der von der Globalisierung der Wirtschaft veränderten Welt bestehen zu können. In Deutschland wird aber zu wenig in die Schulen investiert und dafür zu viel über Schulreformen diskutiert. In Schleswig-Holstein hat sich die Große Koalition für die Zusammen-

legung der Haupt- und Realschulen zu Gemeinschafts- oder Regionalschulen entschlossen. Die CDU hat damit das dreigliedrige Schulsystem aufgegeben, wir halten das für falsch. Weder Real- noch Hauptschülern ist mit einem gemeinsamen Unterricht durch überforderte Lehrer/innen geholfen. Wir meinen, dass stattdessen eine bessere Ausstattung der Hauptschulen mit mehr Lehrstunden und mehr Lehrer/innen sowie ein Fortführen des zehnten Hauptschuljahres besser gewesen wären. Durch das neue Schulgesetz sind zudem kleine Schulstandorte in ihrem Bestand gefährdet. Eine weitere Belastung – die Eigenbeteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten – konnte hingegen nach hartem Widerstand der Eltern und der FDP abgewendet werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlangt zudem nach verlässlichen halb- und ganztägigen Betreuungsangeboten, insbesondere für die Grundschulen. Die ersten Schulträger beginnen, zusammen mit Lehrer/innen, Schüler/innen, Eltern und Vereinen entsprechende Angebote umzusetzen.

Wir Liberalen wollen ...

... die bestehenden Gymnasien im Kreis Steinburg erhalten. Sie sind als verbliebene Säule des gegliederten Schulsystems unverzichtbar, um die begabten Schüler/innen entsprechend ihren Fähigkeiten zu fördern. Wir befürworten eine engere Kooperation der Itzehoer Gymnasien, um die vorhandenen Mittel effektiver nutzen zu können und Schüler, Eltern und Lehrer zu entlasten.

... keine Eigenbeteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten. Bildung ist Grundrecht, auch für die Menschen im ländlichen Raum.

... weiterführende Schulen des gleichen Schultyps auf zentrale Standorte konzentrieren, um Degressionseffekte in der Bewirtschaftung und Einsparungen bei Bauinvestitionen langfristig für Bildungsinvestitionen zu nutzen. Die Grundschulen sollen wohnortnah erhalten bleiben.

... Halb- und Ganztagsbetreuung an den Grund- und weiterführenden Schulen einrichten und vorhandene Angebote verbessern, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht wird. Die Betreuung wollen wir möglichst durch die Unterstützung ehrenamtlich Tätiger erreichen. Hauptamtliche Kräfte sollen im Wesentlichen nur an sozialen Brennpunkten tätig werden.

... im Rahmen dieser Betreuung die sportlichen Aktivitäten der Jugendlichen an den Schulen ausweiten. Einheitliche Leitung und Konzentration von Schulen eröffnen dafür ebenso Spielräume wie die Unterstützung engagierter Eltern.

... Initiativen der Eltern unterstützen, die Qualität der Lehre zu verbessern. Deshalb sollen die Schulgebäude von diesen Initiativen, gesellschaftlichen Gruppen und der Volkshochschule außerhalb der Unterrichtszeiten genutzt werden können.

..., dass sich die Kreisberufsschule zu einem „Regionalen Berufsbildungszentrum“ weiterentwickelt. Wir wollen durch Investitionen die berufliche Bildung in Itzehoe stärken, Fachbereiche ausbauen und neue hinzugewinnen.

... für Berufstätige an der Kreisberufsschule Weiter- und Höherqualifizierung in anerkannten staatlichen Abschlüssen, wie z.B. den Techniker, einrichten und damit vorhandene Kapazitäten besser ausschöpfen.

... die Ausstattung in den Schulen - insbesondere mit Informations- und Kommunikationstechnologie - verbessern. Unsere Kinder sollen frühzeitig und spielend den Umgang mit modernen Medien lernen, die in der Arbeitswelt unumgänglich sind. Für diese Aufgabe wollen wir auch die Wirtschaft über Stiftungen und Sponsoring gewinnen.

Verkehr

„Eine gute Verkehrsanbindung – mit A20 und HVV - ist unverzichtbar“

Der Kreis Steinburg gehört zwar zur Metropolregion Hamburg, andere Umlandkreise sind im Bahnverkehr aber viel besser angebunden. Das ist nicht nur ein Nachteil für Pendler, sondern für alle. Für die Großstädter leben wir – außerhalb des HVV Tarifgebiets – „hinter dem Mond“. Deswegen nutzt Glückstadt auch nicht alle Chancen, die der Tagestourismus bietet. Mit dem Bau der A20 – für die sich die FDP immer eingesetzt hat – wird unsere Region im Straßenverkehr noch besser im Land vernetzt. Die A20 und die Elbquerung bei Glückstadt sind als Verkehrsinfrastrukturprojekte für uns nicht hoch genug einzuschätzen. Unser Kreis wird unabhängig vom Hamburger Elbtunnel an die großen Wirtschaftsregionen im Westen Europas und an Skandinavien angebunden. Es gilt den größten Nutzen daraus zu ziehen.

Wir Liberalen wollen ...

... einen zügigen Baubeginn für die A20 und das Tunnelbauwerk bei Glückstadt. Wir setzen uns für soviel Abfahrten wie möglich ein, um die Autobahn bestmöglich mit dem Kreis Steinburg zu vernetzen. Dazu gehört auch die Abfahrt in Sommerland.

..., dass Glückstadt Standort für die Tunnelverwaltung und –sicherung wird.

... im Zuge des Baus der A20 eine sinnvolle Verkehrsführung um Glückstadt herum, um der Innenstadt das erhöhte Verkehrsaufkommen zu ersparen.

... die Erneuerung der vielen ausbesserungsbedürftigen Straßen im Kreisgebiet in Angriff nehmen. Den Radwegebau wollen wir hingegen nicht mehr fördern, da der Kreis über ein gut ausgebautes Netz von Radwegen verfügt.

... die Einbindung Steinburger Bahnhöfe in den HVV.

Sozialpolitik und Senioren

„Jeder gesunde Mensch will für sich selber sorgen“

Die Sozial- und Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung haben die soziale Sicherung verändert. Das Kernstück der Reformen – die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – war richtig. Durch sie werden alle Arbeitsfähigen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt. Das organisatorische Zusammengehen der kommunalen Behörden und der Bundesagentur für Arbeit sowie die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Verwaltung und für die Hilfsbedürftigen sind

hingegen unzureichend. Der Missbrauch von Sozialleistungen ist nicht zuletzt durch die Gestaltung von Bedarfsgemeinschaften immer noch möglich. So werden weiterhin Mittel für Sozialpolitik ausgegeben, die einem Teil der Empfänger ein Leben ohne Arbeit für das Gemeinwesen ermöglichen. Die Abhängigkeit von staatlichen Geldern hilft den Menschen aber nicht, das kann nur ein Arbeitsplatz. Dank der besseren wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre ist auch im Kreis Steinburg die Arbeitslosigkeit spürbar zurückgegangen. Unser Bestreben ist es, durch Wirtschaftsförderung die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen und den Missbrauch von Sozialleistungen zu bekämpfen. Des Weiteren unterstützen wir Initiativen, die den Betroffenen Hilfe zur Selbsthilfe anbieten.

Die Alterung der Gesellschaft schreitet voran. Die Kommunen müssen Antworten darauf finden, damit Ältere nicht ausgegrenzt werden. Das gilt auch für mobilitätseingeschränkte Menschen. Der barrierefreie Zugang zum Bahnsteig in Itzehoe – den wir unterstützt haben – kann nur ein Anfang gewesen sein.

Wir Liberalen wollen ...

... den Grundsatz: - Soziale Hilfe ist eine Hilfe zur Selbsthilfe - stärker zur Leitlinie der Politik machen. Diejenigen, die sich nicht mehr selber helfen können, sollen staatliche Hilfe erhalten. Der Missbrauch von Sozialleistungen ist hingegen ein Übel, das auch diejenigen diskriminiert, die Hilfe wirklich brauchen.

..., dass Leistungsempfänger, die niemanden zu versorgen haben, weiterhin zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden. Dies sehen wir als eine - inzwischen erwiesene – gute Hilfe zur Selbsthilfe an. Dadurch darf aber keinem Unternehmen eine subventionierte Konkurrenz entstehen.

... die aufkommensgerechte Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden an den Unterbringungskosten für Bezieher des Arbeitslosengeldes II. Ein „Freihalten“ der Städte zu Lasten der ländlichen Gemeinden ist nicht verursachungsgerecht.

... die ehrenamtlich Tätigen in der Gleichstellungspolitik stärken. Grundsätzlich hat sich die Gleichstellungspolitik bewährt, eine Hauptamtlichkeit dient dem Zweck aber nicht unbedingt. Vor allem darf Gleichstellungspolitik keine reine Frauenpolitik sein, sondern eine Politik, die allen Menschen und Generationen gerecht wird.

... das ehrenamtliche und auch das hauptamtliche Engagement in der Seniorenbetreuung, der Schuldnerberatung und insbesondere der Suchtprävention stärken. Letztere verdient mehr Unterstützung, da die Mittelausstattung der hier tätigen Vereine mehr als unzureichend ist.

... freiwillige Initiativen und Vereine unterstützen, um überforderte staatliche Betreuungsstellen zu unterstützen. Das ist kostengünstiger und wirkungsvoller.

... mehr Barrierefreiheit in Stadt und Land, um die Ausgrenzung Mobilitätseingeschränkter zu mindern. Öffentliche Gebäude und Gehwege müssen so beschaffen sein, dass sie jeden, ob zu Fuß, mit Gehhilfen, mit Kinderwagen oder mit Rollstühlen, zugänglich sind.

... eine nachfragegerechte und verlässliche Versorgung mit Seniorentagesstätten, die ihren Betreuungsauftrag wirksam erfüllen. Familien sollen sich auf die gute Betreuung ihrer Angehörigen am Tage verlassen können, damit für sie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich wird.

Natur- und Umweltschutz

„Eine gesunde Umwelt soll auch für die nächste Generation da sein“

Unsere Kultur- und Naturlandschaft ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens. Sie bietet uns Menschen nicht nur Raum für Erholung. Für einige bildet sie aber auch die direkte Existenzgrundlage. So sind Tourismus und Landwirtschaft natürliche Nutzer, die ihre berechtigten Interessen haben. Demgegenüber ist die Tier- und Pflanzenwelt auf Natur belassene Reservate angewiesen. Ohne diese Schutzareale wären viele Arten vom Aussterben bedroht.

Der Kreis Steinburg arbeitet in der Abfallwirtschaft erfolgreich mit Nachbarkreisen zusammen. Diese von uns unterstützte Politik machte niedrige Abfallgebühren möglich und entlastet kommunale und private Haushalte.

Wir Liberalen wollen ...

... ein stärkeres aufeinander Zugehen von Nutzern und Schützern der Natur. Die Landwirtschaft ist für uns kein Feind des Naturschutzes, sondern der kompetenteste Pfleger der Kulturlandschaft. Auf den weiterhin der landwirtschaftlichen Produktion dienenden Flächen müssen die Belange der Landwirte – vor dem Hintergrund des anhaltenden Strukturwandels – stärker Berücksichtigung finden.

... Naturreservate erhalten und durch private Initiativen und Stiftungen sinnvoll erweitern. Sie unterstreichen den naturnahen Charakter unserer Heimat und ergänzen die Attraktivität unserer Kulturlandschaft.

... eine organisatorische Vernetzung von Naturreservaten über Kreisgrenzen hinweg. Durch diese kreisübergreifende Zusammenarbeit versprechen wir uns ein effektiveres Flächenmanagement.

... einen vernünftigen Ausgleich der Interessen bei der touristischen Nutzung der Naturlandschaft. Wir sehen in der Erschließung geeigneter Areale für einen naturnahen Tourismus Chancen, um mehr Menschen eine Lebensgrundlage zu schaffen.

... das gut funktionierende Abfallwirtschaftskonzept des Kreises weiter verfolgen.

Verwaltung

„CDU und SPD im Land wollen Steinburg zwangsweise fusionieren. Die FDP ist die einzige Partei, die den Kreis Steinburg erhalten will“

Die Landesregierung aus CDU und SPD will über eine Verwaltungsstrukturreform Kreisfusionen erreichen, ob mit oder ohne Zustimmung der Bürger. Sie sollen angebliche und bisher nicht transparent nachgewiesene Effizienzgewinne erbringen, die der Landesregierung weitere Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich er-

möglichen. Die Große Koalition braucht das Geld, denn das Land ist pleite. Anstatt aber den Landeshaushalt zu sanieren, will die Landesregierung an die Rücklagen der Kommunen. Wir treten auch für einen kostengünstigen und effizienten Verwaltungsbetrieb ein, stellen aber vor die Schaffung neuer Strukturen eine ehrliche Aufgabenkritik. Wir meinen, dass zunächst geklärt werden muss, welche Aufgaben wegfallen können und dann welche von Landes- oder kommunalen Verwaltungen übernommen werden. Vor etwaigen neuen Kreisstrukturen halten wir Verwaltungskooperationen mit den Nachbarkreisen für sinnvoller. Bereits heute kooperiert der Kreis Steinburg erfolgreich mit anderen Kreisen. So werden z.B. der Katastrophenschutz und das Rettungswesen gemeinsam betrieben. Wir dürfen bei allen Kooperationsbemühungen aber nicht vergessen, dass Itzehoe ein wichtiger Verwaltungsstandort ist und bleiben soll, der Erwerbsbeschäftigung und Kaufkraft für Steinburg sichert. Bereits in den letzten Jahren wurden einige Behörden abgezogen. Mit einer Kreisfusion würde auch die Kreisverwaltung abgezogen, die im Vergleich zu anderen kosteneffizient arbeitet. In einem Großkreis „Untere Elbe“ aus Pinneberg, Dithmarschen und Steinburg würde die ehrenamtliche Selbstverwaltung der Bürger belastet werden. Die großen Distanzen erschweren es ehrenamtlichen Mandatsträgern, ihre Mitbürger zu vertreten. Zudem würden wir Steinburger im „Untere Elbe“-Kreis eine Minderheit bilden, selbst zusammen mit den Dithmarschern.

Wir Liberalen wollen ...

... keine aufgezwungene Kreisfusion. Solange der Kreis Steinburg die Verwaltung für seine Bürger effizient betreiben kann, besteht keine Notwendigkeit einer Kreisfusion. Wir wollen den Verwaltungsstandort Itzehoe erhalten.

... Verwaltungskooperationen mit unseren Nachbarkreisen bei allen Aufgaben, die dafür geeignet sind. Dazu zählen vor allem die internen Bereiche einer Verwaltung wie das Personal-, das Prüfungs- und das Rechnungswesen sowie die Beschaffung und das Rechtsamt.

..., wenn Aufgaben für die Verwaltung wegfallen und die Beschäftigten nicht anderweitig sinnvoll einsetzbar sind, Personal reduzieren. Wie in der Privatwirtschaft muss sich auch die Verwaltung – unter Einhaltung von Sozialplänen – im Personalbestand „gesund schrumpfen“ können. Sollte die Arbeitsbelastung in Bereichen der Verwaltung hingegen mittlerweile zu hoch geworden sein, sind hierauf neue Mitarbeiter zu qualifizieren.

... eine schlanke Verwaltung, die sich auf ihre hoheitlichen Aufgaben beschränkt. Dienstleistungen, die auch von Privaten im Auftrag der öffentlichen Hand erbracht werden können, sollen weitgehend privatisiert werden.

... eine Verwaltung, die kundenfreundlichere Öffnungszeiten anbietet. Es muss Arbeitnehmern möglich sein, Behördengänge vor oder nach ihrer eigenen Arbeit zu erledigen oder diese per Internet abzuwickeln. Wir wollen eine Verwaltung, die ihre Bürgernähe mit einem wirksamen Beschwerdemanagement unter Beweis stellt.

... freiwillige Zusammenlegungen von Amtsverwaltungen. Nach dem erfolgreichen verwaltungstechnischen Zusammenschluss der Ämter Horst und Herzhorn sowie Kellinghusens mit seinem Umland fordern wir dies auch für Glückstadt.

Finanzen

„Die Anderen wollen das Kreisvermögen per Fusion verscherbeln. Wir wollen die finanziellen Spielräume für die Menschen in Steinburg erhalten.“

Die drohende Kreisfusion mit Dithmarschen und Pinneberg würde die finanziellen Spielräume, die der Kreis Steinburg für die Förderung in den Bereichen Bildung, Familien mit Kindern und Jugend noch hat, merklich einschränken. Dithmarschen ist strukturschwächer und Pinneberg mit rund 100 Millionen Euro deutlich höher verschuldet als Steinburg. Der Kreis Steinburg weist hingegen mit weniger als 20 Millionen Euro eine sehr moderate Verschuldung auf. Die Kreisumlage, welche die Gemeinden und Städte für die Aufgaben des Kreises entrichten, ist in Steinburg mit 33% deutlich niedriger als bei unseren Nachbarn, z.B. in Pinneberg mit fast 38%. Dies lässt unseren Kommunen vor Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Belange der Bürger. Die Spielräume der Pinneberger sind merklich enger. Die sehr rigide Sparpolitik der CDU in den letzten Jahren halten wir allerdings für übertrieben. Die deutlichen Mittelkürzungen im Familien-, Sozial- und Bildungsbereich schossen über das Ziel einer behutsamen Konsolidierungspolitik hinaus. Die begonnenen Zukunftsinvestitionen für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen sowie die Verkehrsinfrastruktur unterstützen wir aber nachdrücklich.

Wir Liberalen wollen ...

... eine konsequente Aufgabenkritik und den Rückzug des Staates aus den Bereichen, die private Unternehmen besser erfüllen können. Aufgabe der öffentlichen Hand sind Infrastrukturinvestitionen. Diese wollen wir durch Privatisierung der Bereiche finanzieren, die nicht mehr Aufgabe des Staates sind. Unsere Politik zielt darauf, das öffentliche Vermögen im Kreis effizienter einzusetzen. Für privatisierbar halten wir die Pflegeheime, die kommunalen Wohnungen und langfristig auch die Stadtwerke und das Kreiskrankenhaus.

... Privatisierungserlöse vorrangig in die Investitionsprojekte zur Förderung der Familien mit Kindern und der Schulen sowie der Verkehrsinfrastruktur und der wirtschaftlichen und Rahmenbedingungen einbringen.

... eine solide Finanzpolitik fortführen, damit wir nicht unter das Niveau unserer Nachbarkreise fallen. Unsere Politik ist aber keine, die jegliche Kreditaufnahme scheut. Für wirtschaftlich sinnvolle Investitionen können und dürfen Kredite aufgenommen werden.

... keine Sparpolitik um ihrer selbst Willen. Regionale Investitionen müssen möglich sein, auch wenn Bund und Land dem Kreis Steinburg ständig neue Aufgaben ohne die entsprechende Finanzierung übertragen.

Verehrte Wählerinnen und Wähler, wir bitten Sie um Ihre Stimme bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2008, damit wir Liberalen die Zukunft des Kreises Steinburg im Sinne dieses Programms aktiv mit gestalten und die Herausforderungen unserer Zeit annehmen können.